

Funded
by the European Union
and the Council of Europe



EUROPEAN UNION

COUNCIL OF EUROPE



CONSEIL DE L'EUROPE

Implemented
by the Council of Europe

LANDESBEWERTUNG DEUTSCHLAND

ROMED in Deutschland

Wichtiger rechtlicher Hinweis: Das vorliegende Dokument wurde auf Grundlage des externen Evaluationsberichts vom ROMED Programm "Annex 4 – Question Guide" erarbeitet. Es ist weder Teil noch Ergebnis der externen Evaluation von Blomeyer und Sanz s.a.

1. Einführung

Laut einer Schätzung des Europarats leben ca. 105.000 Roma und Sinti in Deutschland. Alternative Quellen behaupten, dass es bis zu 300.000 sind einschließlich aus Osteuropa (Rumänien und Bulgarien) oder dem ehemaligen Jugoslawien (Bosnien und Herzegowina, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Serbien). Da ethnische Daten in Deutschland nicht erhoben werden, existieren keine offiziellen Zahlen zur Population von Roma und Sinti.

Die Geschichte der Roma in Deutschland ist sowohl durch den Zweiten Weltkrieg und die Verfolgung während der Naziherrschaft, als auch durch den jahrzehntelangen Kampf der Zivilgesellschaft für die Anerkennung der Rechte der Roma gezeichnet. So ist die nationale Zivilgesellschaft der Sinti und Roma in Deutschland gut entwickelt, mit einer starken Haltung wie Rechte der Roma erreicht werden sollten. Als Beispiel dafür hat der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma¹, der neun Sinti und Roma Organisationen umfasst, zur Ausarbeitung der deutschen Antwort an die Europäische Kommission zum EU-Rahmen Nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020 beigetragen². Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma wandte sich zugleich gegen eine explizite Romainklusionsstrategie, aus Angst dadurch Segregation und Diskriminierung zu fördern. Obwohl die meisten Länder und Stadtstaaten de facto die NRIS nicht umsetzen, hat Berlin kürzlich eine Länderstrategie und einen Aktionsplan für die Inklusion von zugewanderten Roma verabschiedet während Baden-Württemberg einem Rahmenvertrag mit dem Landesverband (des Verbandes Deutscher Sinti und Roma) zugestimmt und einen Landesbeirat für Roma und Sinti Angelegenheiten gegründet hat. Auf diese Weise wurde die Umsetzung von Minderheitenschutz und NRIS in eine Struktur zusammengelegt.

Eine Beteiligung der Roma-Zivilgesellschaft bei den Entschädigungen von Roma-Überlebenden der Deportationen und Konzentrationslagern, die offizielle Anerkennung des Holocausts an den Roma 1985 und der Kampf gegen andere diskriminierende Praktiken belegen eine fortgeschrittene politische Teilhabe der Roma und Sinti Gesellschaft in Deutschland.

Mit der Ratifizierung des Rahmenübereinkommens zum Schutz von nationalen Minderheiten 1997 durch die deutsche Regierung, erkannte die Bundesregierung Roma und Sinti neben Dänen, Friesen und Sorben offiziell als eine der vier nationalen Minderheiten an. In Schleswig-Holstein gibt eine Ausnahme: in Kiel wurden schon 1993 Sintischulmediatorinnen eingestellt, das Wohnprojekt Maro Temm für Sinti wurde 2007 initiiert und 2012 wurden die deutschen Sinti und Roma als nationale Minderheit in die Verfassung aufgenommen. Andere Länder übernahmen Teile der FCNM in ihren Staatsverträgen mit den Landesverbänden.

Die Einwanderung von Roma aus Staaten des ehemaligen Jugoslawiens begann 1968 mit Anwerbeabkommen der Bundesrepublik Deutschland. Anwerbeabkommen mit Spanien (1960), Griechenland (1960), Italien (1955) und der Türkei (1961) führten anschließend zur Zuwanderung von Roma aus diesen Ländern. Die Einwanderung von Roma-Flüchtlingen aus Rumänien und Jugoslawien in den 1990ern und von Roma, die EU-Bürger aus Bulgarien und Rumänien sind in den 2000ern brachte nicht nur eine andere Perspektive in die Rechtfrage der Roma sondern auch die zusätzliche

1 Zentralrat Deutscher Sinti und Roma <http://zentralrat.sintiundroma.de/>

2 http://ec.europa.eu/justice/discrimination/files/roma_germany_strategy_en.pdf

Herausforderung die europäische Dimension zu handhaben. Es treten kommunale Synergien zwischen Roma und Sinti Organisationen, Einzelpersonen und NGOs auf, die zugewanderter Roma einbinden und für die Rechte aller Roma eintreten. Seit einigen Jahren legt der Zentralrat deutscher Sinti und Roma auch auf nationaler Ebene einen Schwerpunkt seiner Arbeit auf die Rechte zugewanderter Roma.³

Viele Roma aus den West-Balkanstaaten beantragen gleich nach ihrer Ankunft in Deutschland Asyl. Einige von ihnen bekamen einen stärkeren permanenten Aufenthaltsstatus während die überwiegende Mehrheit einen Duldungsstatus erhielt. Laut einer offiziellen Stellungnahme der deutschen Regierung, werden 99 Prozent der kosovarischen Asylanträge abgelehnt.⁴ Als Antwort auf die steigenden Flüchtlingszahlen aus Syrien und Afghanistan, erklärte die deutsche Regierung im September 2014 Serbien, Bosnien Herzegowina und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien für sichere Herkunftstaaten. Darauf folgten im Februar 2015 Albanien, Kosovo* und Montenegro. Die deutsche Regierung fuhr fort mit einer Abschiebewelle von Bürgern aus den Balkanstaaten, die einen Duldungsstatus innehatten, viele von ihnen waren Roma. Lokale und internationale NGOs und Organisationen berichteten, dass Roma nach der Rückkehr in ihr Heimatland oft unter Gewalt von der Mehrheitsbevölkerung leiden. Derweil haben diejenigen, die in Deutschland mit einem Duldungsstatus bleiben dürfen, Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche, der sozialen Absicherung, der Gesundheitsversorgung und Bildungsangeboten.⁵

2016 wurde vom Jobcenter in Bremerhaven die Ausnutzung zugewanderter Roma aus Bulgarien für systematischen Sozialbetrug nachgewiesen, der möglicherweise auch in Kiel und Duisburg wiederholt wurde. In diesem Sozialbetrug waren kommunale Vereine involviert, die sogar so weit gingen Rumänen und Bulgaren extra für ihr Betrugsschema nach Deutschland zu holen. Es wird angenommen, dass die meisten, die in dieses System gezogen wurden, Roma sind, deren Misstrauen gegenüber den Ämtern eine wichtige Voraussetzung dafür war, die "Dienstleistungen" der Betrüger in Anspruch zu nehmen. Sogenannte "private Berater" hatten vielfältige Funktionen bei diesem Betrug, indem sie Scheinarbeitsverträge ausstellten oder den Zuwanderern bei der Anmeldung eines meist inaktiven Kleingewerbes zur Seite standen. Auf diese Art und Weise wurden Sozialleistungen erschlichen und auch Geldwäsche für Firmen betrieben. Die Berater erhielten einen Teil der erschlichenen Leistungen und vermieteten ihren Klienten darüberhinaus noch heruntergekommene Unterkünfte zu übersteuerten Preisen. In vielen Fällen arbeiteten die Zuwanderer direkt für Einzelpersonen oder Firmen, die ihnen dann im Gegenzug ein Gehalt weit unterhalb des Mindestlohns zahlten. Der Sozialbetrug in Bremerhaven umfasste rund 1.300 Fälle mit Schäden in Millionenhöhe. Einige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bezeichnen diesen Zustand als "moderne Sklaverei". Die in dem System gefangenen Roma werden von den zuständigen Behörden zwar nicht zur Rechenschaft gezogen, dafür konzentrieren sich die Ermittlungen aber auf die illegalen Machenschaften von Vereinen (Bremerhaven) oder Aktivitäten von Einzelpersonen (Kiel). Durch die Verwicklung in die illegalen Machenschaften verschuldeten sich viele Roma hoch. Einige von ihnen verliessen sogar überstürzt das Land zum Nachteil ihrer schulpflichtigen Kinder, die so plötzlich mitten aus dem Schuljahr gerissen wurden.⁶

3 <http://zentralrat.sintiundroma.de/westbalkan/>

4 <https://www.euractiv.com/section/justice-home-affairs/news/german-government-plans-to-accelerate-deportation-of-kosovarrefugees/>

5 Einer Studie des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge mit dem Titel: "Migranten im Niedriglohnssektor unter besonderer Berücksichtigung der geduldeten und bleibeberechtigten " zu folge, waren in 2010 nur 11% der Inhaber einer Duldung berufstätig

6 Media sources : <http://www.radiobremen.de/politik/nachrichten/sozialbetrug-bhv100.html> and <http://www.radiobremen.de/politik/themen/oeztuerk106.html>

1. ROMED1 Schlüsselergebnisse

Obwohl es keine Ausbildung von Romamediatoren oder eine Anerkennung als Romamediator auf Bundesebene gibt, sind unterschiedliche Programme für allgemeine Kulturvermittlung und Integration als auch für kommunale Bedürfnisse zugeschnittene Trainings initiiert worden. Auf Bundesebene spielen die "Integrationslotsen" eine ähnliche Rolle wie ROMED1 Mediatoren, obwohl sie sich eher allgemein halten und sich nicht spezifisch auf Roma richten. In bestimmten Stadtteilen organisieren private NGOs (Berlin und München) oder staatliche Institutionen (Hamburg) lokal zugeschnittene Romamediatorentrainings mit einer großen Bandbreite an Kompetenzen (Kommunikation, Mediation, Rechtsberatung, Schulstrukturen, usw.) über einen längeren Zeitraum (zwei bis drei Jahre). Eine Münchner NGO fügte ihrem für Romaschulmediatoren entwickelten Trainingsprogramm⁷ ein Curriculum hinzu, welches vom Bundesverband Mediation zertifiziert wurde. Das Trainingsprogramm in Berlin und München integrierte auch das ROMED1 Curriculum, das - wie unten erwähnt - hilfreich war bei fehlenden Dokumenten für die Nachweisbarkeit von Wissen und Fähigkeiten der Mediatoren in den Schulen, in denen sie arbeiten. Eine Vorreiterin in der Roma Schulmediation in Deutschland und Gesamteuropa, ist der Verband der Deutschen Sinti und Roma in Kiel. Seit 1993 wurden dort Sinti Schulmediatorinnen ausgebildet und eingestellt.

ROMED1 in Deutschland wurde in drei Trainingszyklen zwischen 2011 und 2015 organisiert. Das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma⁸ fungierte als NFP für die erste Mediatorengruppe von ROMED1. Der erste Trainingszyklus wurde 2011 in drei Einheiten absolviert (April 2011, Mai 2012 und November 2012). Während der Trainingszyklus von ROMED1 generell nur aus zwei Trainingseinheiten bestand, wurde eine "dazwischenliegende" Einheit wichtig, damit noch mehr Mediatoren von der Ausbildung profitieren und ein Zertifikat am Ende der Trainingseinheit erwerben konnten, was eineinhalb Jahre dauerte.

Die erste Trainingseinheit im April 2011 dauerte drei Tage. Auswahl und Kontaktaufnahme potentieller Mediatoren wurde sichergestellt durch den Beauftragten für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten⁹, die Kultusministerkonferenz¹⁰ unter Mitwirkung vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma und seiner Landesverbände sowie eines informellen Netzwerkes von Roma und Sinti Bildungsprojekten. Dieses Netzwerk wurde gegründet innerhalb eines EU-finanzierten Programms zur Sensibilisierung bezüglich der Umsetzung von Antidiskriminierungsgesetzen auf nationaler Ebene gegründet. Von den 32 angemeldeten haben nur 14 Personen an der ersten Sitzung teilgenommen.

Die Teilnehmer kamen aus Bremen, Köln, Kiel, Göttingen, Freiburg, München und Berlin und waren meist Roma Mediatoren mit umfassenden Erfahrungen in der Schulmediation. Obwohl nicht Teil des ROMED1 Prozesses, wurde berichtet, dass Schulmediatoren in Hamburg von der Behörde für Schule und Berufsbildung Hamburg¹¹ mit langfristigen Arbeitsperspektiven eingestellt worden sind. Von den Mediatoren, die an dem Training teilnahmen, hatten die aus Kiel eine dauerhafte Berufssituation. Alle anderen waren aus kurz- oder mittelfristigen Projekten finanziert. Die Hälfte der Teilnehmer hatte zuvor als Einleitung zu ihrer Arbeit als Mediatoren an vorbereitenden Trainings in Kommunikation, zur Funktion von Schulsystemen und zum Konfliktmanagement teilgenommen.

Die zweite Trainingseinheit fand im Mai 2012 statt und führte zwölf neue Teilnehmer an ROMED1 heran, deshalb wurde das Trainingsprogramm von April 2011 wiederholt. Während der Praxisphase zwischen

7 <http://www.bmev.de/>

8 <http://www.sintiundroma.de/start.html>

9 http://www.aussiedlerbeauftragter.de/AUSB/DE/Themen/deutsche-minderheiten/deutsche-minderheiten_node.html

10 <https://www.kmk.org/aktuelles.html>

11 <http://li.hamburg.de/>

April 2011 / Mai 2012 und November 2012) hielten die Mediatoren engen Kontakt mit dem NFP. Als ein Ergebnis des ROMED1 Trainings wurde berichtet, dass der vom Programm entwickelte **Ethikkodex** für Romamediatoren übersetzt worden war und als Anhang den Arbeitsverträgen von Schulmediatoren in Bremen zugefügt wurde. Partizipative Planung wurde in Berlin und Straubing organisiert.

Der zweite Teil des ROMED1 Mediatorentrainings fand im November 2012 statt, auf diese Weise wurde den Teilnehmern die nötige Zeit gegeben, die während des ersten Zyklus erworbenen Ansätze in die Praxis umzusetzen. 21 Teilnehmer nahmen am Training teil, elf von ihnen waren Frauen. Fünf Teilnehmer der ersten beiden Einheiten konnten aus persönlichen Gründen nicht an dem Treffen teilnehmen. Das Training wurde vom NFP, Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma veranstaltet. Am Ende der Einheit absolvierten 16 Personen die zum Programm gehörenden Praxisaufgaben und erhielten ein Mediatorenzertifikat.

Wie zuvor bereits erwähnt wurden 2014 eine "lokale" Schulmediatorengruppen in München (vier Personen ausgebildet und zertifiziert), alle beschäftigt von der Madhouse GmbH, und eine 2015 in Berlin (fünf Personen ausgebildet und zertifiziert) in das Trainingsprogramm einbezogen, wo seit 2003 die lokale NGO Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e.V. (RAA) Romamediatoren beschäftigt. Diese zusätzlichen neun Personen wurden nicht im klassischen ROMED1 Format ausgebildet. Anstatt zwei Trainingseinheiten à drei Tage mit einem sechsmonatigem Praktikum in der Mitte, wurden die Trainingseinheiten über einen längeren Zeitraum organisiert (im Durchschnitt ein Jahr) mit eintägigen Trainings und einer Praxisbegleitung durch den Trainer. Am Ende ihres Trainingszyklus erhielten alle teilnehmenden Mediatoren das ROMED1 Zertifikat.

In Summe wurden zwischen 2011 und 2015 in Deutschland 25 Mediatoren (überwiegend Schulmediatoren und hauptsächlich Frauen) mit sehr unterschiedlichen Lagen bezüglich Beschäftigung und Zielbevölkerung ausgebildet und zertifiziert. Während einige wenige Mediatoren langfristig angestellt waren und es 2016 immer noch sind, haben viele Mediatoren kurzfristige Beschäftigungen oder arbeiten auf freiwilliger Basis. Einige wurden von ihren Ländern oder ihren Kommunen direkt angestellt, während andere bei einer NGO angestellt waren. Einige der Mediatoren arbeiten mit deutschen Roma und Sinti, andere mit zugewanderten Roma von den Balkanstaaten (mit Spezifika im Zusammenhang mit Duldungen und drohender Abschiebung) und mit Roma aus Rumänien und Bulgarien.

In mehreren Fällen reichte das erste Training nicht aus, dass die Mediatoren vollständig den Arbeitskreislauf als Ansatz in ihre normale Praxis einzubinden, obwohl sie darin nach dem zweiten Training besser vorbereitet und selbstbewusster waren. In einigen Fällen fehlte die Unterstützung von Schulen und Kommunen bei der Einführung der partizipativen Planung als neuem Arbeitsmodell. Einige Mediatoren nahmen die Hilfe ihrer Trainer an und hielten 2012 Planungstreffen in ihren Schulen ab. Laut den Trainerberichten haben viele Mediatoren angemerkt, dass auch ohne die Einführung der partizipativen Planung und des ROMED1-Arbeitszyklus ihre Arbeitsperspektive nachhaltig verändert wurde und ROMED1 dabei half, sich der eigenen Wahrnehmungen und Ansätze bewusster zu werden. Auf diese Weise konnten sie besser den Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung für Roma-Kinder fördern und allparteilich bleiben, ohne auf der Seite der Schule oder der Roma-Familien zu stehen. So gelang es ihnen, die im Trainingsprogramm beschriebenen Rollen des "Trojanischen Pferdes" und des "Aktivisten" zu überwinden und ihr eigenes Profil als Roma-Schulmediator/in zu entwickeln, der bzw. die die Kommunikation und die Zusammenarbeit zwischen Roma-Eltern, Kindern und Lehrern verbessert.

Schulabbrüche und -absentismus waren die Hauptprobleme, mit denen sich die Schulmediatoren während der Ausbildung im Jahr 2011 befassen mussten. Darüber hinaus war, wie die Schulmediatorinnen in Deutschland berichteten, der Unterschied zwischen den Stadtstaaten und den

Flächenländern ein weiteres organisatorisches Problem. In Städten wie Hamburg, Berlin und Bremen (Stadtstaaten), wo die Konzentration von Roma-Schülern höher ist, können sich die Schulmediatoren auf mehrere, nah beieinanderliegende Schulen konzentrieren. Diesbezüglich gab es in den Flächenländern ein Problem in der Organisation der Arbeit von Mediatoren. Die niedrigere Konzentration von Roma-Schülern und größere Distanzen zwischen den Schulen verursachen logistische und finanzielle Probleme für die nachhaltige Beschäftigung von Schulmediatoren und erklären, warum sie meistens in größeren, städtischen Gegenden arbeiten. Zusätzlich können die Mediatorinnen besser arbeiten, wenn sie in die Teamstrukturen der Institution integriert sind und durch häufigen Kontakt Rollenvorbild für Roma- und Nicht-Roma-Schüler/innen (und Lehrer/innen) werden, die somit besser ihre Vorurteile überwinden können.

Eine Delegation bestehend aus neun Personen, sechs Frauen und drei Männer eingeschlossen Mediatoren, Trainern und NFP nahmen im Januar 2013 am Congress of Mediators organisiert durch den Europarat und der Europäischen Kommission in Brüssel teil. Die Veranstaltung unterstützte Mediatoren aus allen teilnehmenden Ländern dabei, die Arbeitsansätze der Kolleg/innen kennenzulernen und Synergien zu bilden. Einige der unter ROMED1 geschulten Mediatoren wurden in ROMED2 zu Trainern. Im Moment gibt es in Deutschland kein spezifisches Netzwerk von Roma-Mediatoren. Dennoch bieten Konferenzen und Tagungen im Rahmen von breiteren Roma-Bildungsprojekten, die etwa alle zwei bis drei Jahre stattfinden, auf nationaler Ebene Gelegenheit, Roma-Schulmediatoren aus ganz Deutschland zusammenzubringen, damit sie ihre Erfahrungen austauschen können. In dieser Hinsicht könnte die Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" (EVZ) ihr Engagement fortsetzen und jährliche Konferenzen für Roma und Sinti finanzieren, die in der KITAS und Schulen arbeiten.

Im Jahr 2016 reagierte eine Anzahl von Kommunen auf die Ausschreibung der transnationalen Kooperations-Komponente des ROMACT-Programms, das ein Modul zur Schulung von Mediatoren (Modul B) nach dem ROMED1-Curriculum beinhaltet. Die ROMED1 Schulungen werden also auf Wunsch der Kommunen über diesen Weg fortgesetzt. Die meisten Kommunen, die diese Ausbildung von Mediatoren anfordern, kommen aus Deutschland (Dortmund, Duisburg und Bremerhaven). 17 Mediatoren waren für die erste Sitzung der Ausbildung im September 2016 geplant, gefolgt von einer zweiten Sitzung für zwölf Teilnehmer im Februar 2017 in Bremerhaven.

2. ROMED2 Schlüsselergebnisse

ROMED2 begann in Deutschland im Jahr 2014 mit einer Auftaktveranstaltung in Berlin am 24. Oktober 2014. Sechs Kommunen wurden zunächst für die Umsetzung (Hamburg, Berlin, Mannheim, München, Bremen und Kiel) ausgewählt, vor allem wegen der Anwesenheit von ausgebildeten Mediatoren in den Kommunen (Bremen, Hamburg, Kiel, München, Berlin). Darüber hinaus wurden auch lokale Synergien mit Sinti Organisationen gefördert, zum Beispiel in Mannheim, dem Sitz der Hildegard Lagrenne Stiftung, der Trägerin des ROMED2-Programms auf nationaler Ebene, oder in Kiel, wo der Verband Deutscher Sinti & Roma Landesverband S.-H. e.V. umfangreiche Erfahrung in der Schulmediation für Roma gesammelt hat und selbst 13 Schulmediatorinnen beschäftigt.

Unter den ausgewählten Kommunen waren Berlin und München bei weitem die Größten (3,5 Millionen und 1,5 Millionen Einwohner), wobei der Aufbau von ROMED2 Gruppen entweder sich dann auf einen Bezirk beschränkte, wie in Berlin (erst in Berlin Mitte mit 346.542 Einwohnern und dann in Berlin Lichtenberg mit 264.858 Einwohnern) und in Hamburg (Hamburg-Mitte, Hamburg-Altona und Hamburg St. Pauli) oder wegen fehlender Kapazitäten nicht begonnen wurde (München). Die restlichen ausgewählten Kommunen hatten zwischen 250.000 und 550.000 Einwohner. Für die Umsetzung von ROMED2 wurden keine ländlichen oder kleinen Kommunen ausgewählt, wobei der Hauptgrund dafür der Mangel an Roma-Mediatoren war, die die Rolle der lokalen Trainern übernehmen konnten.

Das Bekenntnis zur Umsetzung von ROMED2 wurde von allen anfangs ausgewählten Kommunen erst einmal informell gegeben. Dies wurde auch deutlich durch die Teilnahme von Mitarbeitern der meisten Kommunen am ersten Nationalen Workshop, der einen Tag vor der Auftaktveranstaltung stattfand. Allerdings haben nur wenige Kommunen ihr politisches Bekenntnis durch die Unterzeichnung eines Briefes an den Europarat (wie Berlin-Mitte, Kiel und Dortmund) formalisiert.

Bis Ende 2015 wurde eine Reihe von Änderungen in der Liste der zunächst ausgewählten Kommunen notwendig: In Berlin löste sich die ursprünglich gegründete CAG von Berlin-Mitte, bestehend aus 30 Roma aus Rumänien aufgrund der Vollzeitarbeit seiner Mitglieder in anderen Städten recht schnell auf (drei Monate nach ihrer Gründung). Von April 2015 bis November 2016 arbeiteten die Berliner Trainer zusammen mit einer Gruppe rumänischer Roma in Berlin Lichtenberg. Diese Zusammenarbeit wurde jedoch durch interne, unüberbrückbare familiäre Konflikte abgebrochen. Im Oktober 2016 initiierten die Trainerinnen in Berlin eine neue CAG bestehend aus Roma-Frauen vor allem aus Bulgarien.

Nach einem Mobilisierungsversuch in Bremen-Süd, gefolgt von Bremen-Nord, begannen das nationale Unterstützerteam und lokale Partner in Bremerhaven mit dem besonderen Ansatz der Zusammenarbeit von einheimischen Sinti und von zugewanderten Roma. Für 2017 ist hier auch ein zusätzlicher Fokus auf die Arbeit mit Roma-Frauen geplant. Die Arbeit mit einer Gruppe junger Roma und Sinti als CAG in Mannheim endete im November 2016 als die Mitglieder eigenen Problemen den Vorrang gaben und die Gruppe verließen. Ein zweiter Ansatz zur Arbeit mit erwachsenen Sinti, die Gründung eines Sinti Fußballclubs, ist noch ausreichend entwickelt, um in Mannheim wieder zu starten. Andererseits kam die Stadt Dortmund im Herbst 2015 dazu, wo die Stadtverwaltung ihren Fokus auf die Inklusion von Roma ausweitete, indem sie das jährliche Roma-Kulturfestivals "Djelem, Djelem" organisierte. Dass das Nationale Unterstützerteam mit einer CAG in Dortmund zu arbeiten anfang lag an der Initiative der Roma, die selbst an der Organisation von diesem Festival teilnehmen.

Anders als die Strukturen der meisten nationalen Unterstützerteams, bestand das deutsche Team überwiegend aus lokalen ROMED2-Trainer/innen, wobei die Hildegard Lagrenne Stiftung als Unterstützerorganisation die administrative Basis zur Verfügung stellte und der NFP in den meisten Kommunen die Rolle eines nationalen Trainers übernahm. Dies geschah als eine natürliche Anpassung des ROMED2-Ansatzes, da der NFP - Christoph Leucht - auch Mitglied des Internationalen Pädagogischen Teams und einer der Entwickler der ROMED2-Methodologie ist. So übernahm er nicht nur die Teamanleitung, sondern auch die direkte Beteiligung an allen CAGs in Deutschland und sorgte gleichzeitig für die Verknüpfung und Interessenvertretung auf Bundes- und internationaler Ebene.

Dennoch war die Gründung und Entwicklung der lokalen Romaaktionsgruppen in Deutschland angesichts der oben aufgeführten Argumente besonders anspruchsvoll. Es ist schwierig, langfristige partizipative Prozesse aufrechtzuerhalten, wenn einem Teil der Community die Abschiebung droht oder deren Mitglieder keine Wohnung finden können, und andererseits viele Familien seit Jahren durch eine Reihe von sozial engagierten NGOs umfassend unterstützt wurden und alle Probleme in ihrem Namen gelöst werden. So wurde die Illusion geschaffen, dass das Engagement des Einzelnen für die Erlangung der eigenen Rechte nicht notwendig wäre. Die lokalen Romaaktionsgruppen, die sich nach mehreren Versuchen und aus den Erfahrungen mit vorangegangenen Gruppen herausgebildet haben, wurden angesichts der Herausforderungen besonders in der Entwicklung starker Resilienz geschult.

So konnte eine Reihe von Faktoren als entscheidend für die Etablierung und die Nachhaltigkeit von CAGs in Deutschland identifiziert werden:

Die Lage der Menschen, die in den Anfangsphasen des ROMED2 Prozesses in lokale Romaaktionsgruppen (community action group – CAG) eingebunden sind: der rechtliche Status und im besonderen die Wohnungssituation der Roma, die in den CAGs involviert waren, spielten eine entscheidene Rolle für die Art und Weise, wie nachhaltig sich die CAGs weiter entwickelten;

Die Beteiligung und das politische Engagement lokaler Behörden: in Dortmund zum Beispiel, wo die Gruppe von der starken Unterstützung des kommunalen Ansprechpartners profitiert, organisierte sich die CAG selbst als NGO ("Romano Than") und konnte sich auf deren Unterstützung verlassen, um relevante Akteure zu erreichen, was bei der Lösung ihrer Anliegen half (z. B. Roma-Familien, die in Wohnungen ohne Strom und ohne Heizung im Winter leben);

Die Verfügbarkeit alternativer Ressourcen für die Finanzierung der von der CAG generierten Aktivitäten und Prioritäten: die Organisation von Veranstaltungen, die Einrichtung von Informationszentren oder die Organisation von Sprachkursen auf Anfrage sind weniger kostspielig und leichter durch alternative Quellen (andere NGOs, Stiftungen und auch lokale oder Bundesmittel) finanzierbar als aufwändige infrastrukturelle Projekte, wie es oft in anderen Ländern der Fall ist, die an dem ROMED2-Programm beteiligt sind;

Flexibilität der Beschäftigungsmöglichkeiten für CAG-Mitglieder: Obwohl keine offiziellen Zahlen vorliegen, die auf dem Profil der CAG-Mitglieder in den aktiven ROMED2-Kommunen basieren, haben die meisten in ROMED2 beteiligten Personen Arbeit im formellen oder informellen Sektor gefunden. Dieser Umstand geht einher mit dem Empowerment-Effekt von ROMED2, wird aber durch die gravierende Frage der Wohnsituation wieder aufgehoben (oft sind Roma besonders betroffen von Mangel an verfügbaren und bezahlbaren Wohnungen, Diskriminierung durch Vermieter, oder Vermieter, die die Lage von Roma-Familien ausnutzen, um sehr schlechte Wohnungen zu hohen Preisen zu vermieten);

Die Erfahrung, die Netzwerke und der Kontakt der lokalen ROMED2-Trainer zu Romafamilien: Der Prozess entwickelte sich am weitesten in Kommunen, wo die Trainer/innen sehr gut vernetzt und mit den Romafamilien verbunden waren. Dies war in Hamburg der Fall, wo Herr Sichelschmidt die entscheidende Rolle beim Aufbau der CAG spielt, die vorwiegend aus serbischen Roma besteht. In Dortmund ist Herr Dzemailovski zusätzlich zu seiner Tätigkeit im ROMED-Programm gut mit weiteren Initiativen vernetzt ist, die sich vor allem an die Roma-Jugend richten und die Mobilisierung förderten. Von den sechs lokalen Trainer/innen, die zunächst in ROMED involviert waren, arbeiten noch drei im Programm und vier neue lokale Moderator/innen sind hinzugekommen. (München schied zu Beginn als Standort aus, in Mannheim schied der lokale Trainer aus inhaltlichen Gründen aus, in Bremen verließ der Trainer das Programm aus persönlichen Gründen).

Empfehlungen zur Fortsetzung vom ROMED2 Prozesses

Das Verhältnis zwischen den deutschen Roma und Sinti und den zugewanderten Roma sollte gefördert werden, aber den verschiedenen Gruppen nicht aufgezwungen werden. In Bezug auf die Mitgliedschaft in den CAGs bestehen fast alle Gruppen, die in ROMED2 aufgebaut wurden, aus zugewanderten Roma, die aus den ehemaligen jugoslawischen Ländern, Rumänien oder Bulgarien stammen. Seit Beginn des Programms wurde die Kooperation mit den Organisationen der deutschen Sinti und Roma gefördert, vor allem durch die Auswahl der Hildegard Lagrenne Stiftung als nationale Unterstützungsorganisation. Die Gruppen in Mannheim, Bremerhaven und Kiel sind sogar direkt mit Unterstützung von Sinti-Organisationen aufgebaut worden bzw. bestehen aus Sinti und aus Roma. Dabei wurden in mehreren Kommunen auch Annäherungen der Sinti Organisationen an das Europaratsprogramm ROMED2 gefördert, wie es in Kiel und Bremerhaven der Fall ist. In Bremerhaven besteht die Gruppe aus Roma und aus Sinti und wird, wenn sie bestehen bleibt, nicht nur innerhalb Deutschlands sondern auch im Bezug auf Länder wie Frankreich und Belgien ein Modell darstellen, um zu belegen, dass es keinen Wettbewerb zwischen einheimischen und zugewanderten Roma geben sollte und dass bestehende Differenzen im Interesse aller überwunden werden können.

Lösungen für die Nachhaltigkeit der CAGs finden: nach rund eineinhalb Jahren der Implementierung traf sich im Februar 2016 das nationale Unterstützungsteam in Berlin, um die Zukunft des ROMED2-Programms zu diskutieren. Während des anschließenden Treffens der nationalen Projektträger und NFPs in Straßburg wurde das Ende der zentralen Finanzierung Programms durch Europarat und EU und die Bedeutung des Übergangs zu nationalen oder lokalen Ressourcen thematisiert. Das deutsche ROMED2-Team beschloss, in 3 von 5 Standorten lokale NGOs zu gründen und dadurch die Nachhaltigkeit der Arbeit und die Umsetzung von Projekten zu ermöglichen. Die Gründung der lokalen NGOs ist in Dortmund abgeschlossen und in Kiel und Hamburg in Arbeit. In Bremerhaven ist keine Neugründung sondern die Einbeziehung der Roma in die Organisation der deutschen Sinti und Roma geplant und in Berlin gibt es eine ganze Reihe von lokalen Roma-NGOs, mit denen die CAG kooperieren kann.

Umstellung auf alternative finanzielle Ressourcen, um den Verlust an Ressourcen durch die Beendigung der zentralen Finanzierung von ROMED2 zu kompensieren (Bezahlung lokaler Trainer/innen, Implementierungs- und Reisekosten): für die weitere Programmimplementierung in Deutschland und den Aufbau neuer CAGs sowie die Finanzierung von lokalen Aktivitäten, der CAGs müssen neue Ressourcen gefunden werden, wobei das nationale Unterstützungsteam schätzt, dass die Fortsetzung der Vernetzung und die Unterstützung von lokalen Projekten nicht zu schwierig sein wird, da es zusätzlich zu kommunalen Ressourcen mehrere Bundesprogramme, Stiftungen oder Ausschreibungen gibt, die Finanzierungsmöglichkeiten bieten.

Verbesserung des Deutschunterrichts: in allen CAGs sind die Zugänglichkeit und die Qualität von Deutschkursen für seit kurzem in Deutschland lebende Roma zur Verbesserung ihrer Kommunikationsfähigkeiten ein wichtiges Thema. Rumänische und bulgarische Roma haben manchmal einen limitierten Zugang zu den vom BAMF finanzierten Sprachkursen, da diese hauptsächlich für Nicht-EU-Bürger organisiert werden. Ihre Teilnahme ist nur unter gewissen Bedingungen möglich und nur, falls es freie Plätze gibt.

Bewusstsein schaffen für die negative Rolle von "Privatberatern" in den Kommunen: viele nationale, regionale und kommunale Politiker und Behörden in Deutschland und in weiteren westeuropäischen Ländern befürchten eine Zunahme der Zuwanderung von sozial benachteiligten Migranten in ihre Kommunen, falls sie erstklassige Integrationsmaßnahmen anbieten. In den zuvor erwähnten Betrugsfällen in Bremerhaven und Kiel waren es allerdings „Privatberater“, die genau diese Schwierigkeiten von einigen Roma beim Zugang zu Sozialleistungen ausnutzen und durch das Fehlen kostenloser Unterstützungsangebote einen Markt für illegale Aktivitäten generieren, an den Sozialleistungen dieser Romafamilien verdienen und immer mehr "Klienten" in die Kommunen anlocken. Zusätzlich werden die Opfer der „Privatberater“ entmutigt Sprachkurse, Berufsausbildungen und formelle Beschäftigung für ihre Integration zu nutzen. Der community organizing Prozess von ROMED2 und der Aufbau von angemessenen und **kostenlosen Beratungszentren in den Kommunen** wären eine effektive Alternative, um dabei zu helfen, Risiken der Abhängigkeit und der Ausnutzung von sozial benachteiligten Roma aus EU-Staaten durch "Privatberater" zu überwinden.